



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Geschichte der Nationalliberalen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur Geschichte der Nationalliberalen.



ine politische Partei, die auf keine Utopien zusteuert und jeden Schritt, welcher sie ihren Zielen näher bringt, also auch einen kleinen, wenn dem größern unüberwindliche Hindernisse erwachsen, für einen Gewinn hält, wird in bewegten Zeiten immer einen schweren Stand haben. Sich als „Ganzer“ aufzuspielen, ist, besonders wenn damit keine Verantwortlichkeit übernommen wird, das leichteste von der Welt; und mögen Rechte und Linke noch so spinnefeind sein, in Haß und Verachtung der „Halben“ pflegen sie sich brüderlich zu begegnen. Sich mit dem Möglichen, dem Erreichbaren begnügen, auf morgen vertagen, was heute nicht geleistet werden kann, weder mit dem Kopfe durch die Wand rennen wollen, noch sich schmallend zurückziehen, falls die Thür nicht genau da durchgebrochen werden soll, wo man sie gefordert hatte — das gilt als Charakterchwäche, wenn nicht gar unlautere Beweggründe untergeschoben werden. Und als Beispiele dienen dafür die Vorsichtigen und Unentschlossenen, welche sich allerdings gern unter das schirmende Dach der Mittelparteien flüchten; wobei man nur übersieht, daß gerade solche Anhänger des Juste milieu schleunigst eine andre Richtung einschlagen, wenn jenes Dach nicht mehr den gewünschten Schutz zu gewähren scheint.

In wie reichem Maße diese Erfahrungen die nationalliberale Partei in Deutschland gemacht hat, ist bekannt. Unter verschiedenen Namen, als Konstitutionelle, Gothaer, Liberale, besteht sie im wesentlichen ziemlich unverändert seit den dreißiger Jahren. Auf dem Hambacher Fest schied sie sich wohl zum erstenmale bestimmt von denjenigen Revolutionären, welche Deutschland mit Hilfe der Franzosen „befreien“ wollten. Revolutionär war vielleicht mancher auch von ihnen gesinnt, da es unmöglich schien, das öffentliche Leben seiner Fesseln ohne Anwendung der Gewalt zu entledigen; aber so viele damals und später dem Grundirrtum der Girondisten verfielen, das Vaterlandsgefühl, der nationale Stolz hielt sie von jener äußersten Verirrung zurück, und Studien und Erfahrungen ließen sie den Wert der gesetzlichen Entwicklung erkennen. Langsamer brach sich die — wohl zuerst von Paul Pfizer bestimmt ausgesprochene — Überzeugung Bahn, daß Preußen, und dieser Staat allein, den Beruf habe, Deutschland aus der Zerrissenheit und Unfreiheit zu erlösen; und die Vernichtung der Hoffnungen, welche an den Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. geknüpft worden waren, nährte in den Einzellandtagen und der Presse der kleinern Staaten den Partikularismus und den Radikalismus, bis der Ver-

einigte Landtag von 1847 jene andre Strömung wieder verstärkte. Allein noch in der deutschen Nationalversammlung erntete ein preußischer Abgeordneter, der in den endlosen Verhandlungen über die Zentralgewalt beantragte, diese der Krone Preußen zu übertragen, nur schallendes Hohngelächter. Der Mann hat freilich seine Rechtfertigung nicht erlebt, aber es ist billig, ihn der Vergangenheit zu entreißen. Braun hieß er. Das Schicksal seines Antrages wird ihn schwerlich überrascht haben. Stand man doch thatsächlich auf revolutionärem Boden, die Versammlung war eine Schöpfung des Vorparlaments, das selbst wieder das Kind der von niemand bevollmächtigen Versammlung zu Heidelberg gewesen war; Gagern hielt noch eine Entschuldigung für notwendig, daß er einen Reichsverweser aus fürstlichem Hause vorzuschlagen wagte; und vollends Preußen erfreute sich damals nur sehr geringer Sympathien. Verhängnisvoller war allerdings, daß „Kasino“ und „Württembergischer Hof,“ aus welchen dann die Kleindeutsche Partei hervorgehen sollte, zwar sehr viele ehrliche, nationalgesinnte, gelehrte und beredte Mitglieder zählten, aber sehr wenige Staatsmänner, und daß auch diese wenigen, wie Mathy, nicht zur vollen Geltung kamen. Schlug doch Welcker noch 1849 für das Reichsoberhaupt einen sechsjährigen Wechsel vor! Der Vorwurf, zu doktrinär gewesen zu sein, die Zeit, in welcher die Beschlüsse der Nationalversammlung kaum irgendeinem Widerstande begegneten und daher ein Rechtsboden und eine Machtphäre für dieselbe geschaffen werden konnten, mit Reden über die Grundrechte vergeudet zu haben, endlich eine Krone vergeben zu haben, deren Annahme mindestens höchst zweifelhaft war — diese und andre Vorwürfe trafen auch die erbkaisliche Partei. Doch mußte der Billigdenkende berücksichtigen, daß die Männer, welche abgesandt worden waren, „des Vaterlands Größe, des Vaterlands Glück dem Volke zurückzubringen,“ wie die Aufschrift in der Paulskirche mahnte, zum allergrößten Teile dem Studenten gleichen, der paragraphos wohl einstudirt hat, aber durch den ersten Fall, ihren Inhalt praktisch zu verwerten, in die peinlichste Verlegenheit gebracht wird. Auch waren es nicht solche Vorwürfe, die den Altliberalen nach dem Scheitern des Verfassungswerkes von beiden Seiten zugeschleudert wurden. Auf der äußersten Rechten hatte man überhaupt für die nationale Bewegung nie viel übrig gehabt, immer über die „Kuhblume,“ die dreifarbigte Kokarde, gespottet; die Republikaner aber, die, was oft vergessen wird, schon damals mit den Ultramontanen verbündet waren, höhnten über die Charakterlosen, welche das unbedacht abgegebene Versprechen, an der Reichsverfassung festhalten zu wollen, nicht mehr als bindend betrachteten, weil diese Verfassung ein wertloses Papier, oder sagen wir: ein geschichtliches Dokument geworden war.

Die nächsten Jahre nach 1849 brachten der Partei die bittersten Erfahrungen. Alle Opfer waren umsonst gewesen, Manteuffel wich vor den Intriguen Beusts und den Drohungen Schwarzenbergs zurück, der ganze nationale Aufschwung sollte ein Traum gewesen sein, und die alles daran gesetzt hatten,

Preußen an die Spitze Deutschlands zu bringen, wurden dafür zu „Revolutionären in Schlafrock und Pantoffeln“ gestempelt. Hoffnungslosigkeit bemächtigte sich vieler. Gerwinus ging zu den Demokraten über und verrannte sich allmählich in einen förmlichen Preußenhaß, Heinrich Gagern wurde großdeutsch, sein Bruder Max gar ultramontan und Mitarbeiter der Wiener Staatskanzlei, in welcher die Absicht Schwarzenbergs, völlige Demütigung Preußens, zwar mit schwächeren Mitteln, aber nicht weniger zäh verfolgt wurde. Und die Nichtabtrünnigen konnten nicht anders, als mit steigender Heftigkeit die Leiter gerade des Staates angreifen, dem sie teils aus Bedürfnis des Herzens, teils aus mühsam gewonnener Überzeugung vor allem zugethan waren. Daß sie sich in der Hauptsache nicht irremachen ließen, bewies der Nationalverein in seinen Anfängen. Die sogenannten Freisinnigen schreiben gelegentlich sich das Verdienst zu, den nationalen Gedanken in Deutschland lebendig erhalten und der Politik Bismarcks die Wege geebnet zu haben; die Wahrheit ist, daß sie alles erdenkliche thaten, den Nationalverein, welcher sich diese Aufgabe gestellt hatte, derselben abwendig zu machen, was ihnen ja auch während der Strungen von 1862 bis 1866 glückte. Und wiederum, wie lästerten sie die „National-Miserablen,“ als diese, nun auf festerem Grunde als 1849, abermals mit der Regierung Frieden machten!

Dieser Dinge sich zu erinnern, lag gerade in den letzten Monaten manche Veranlassung vor; die unmittelbare gab das Erscheinen einer Lebensgeschichte des am 13. August 1885 verstorbenen Leipziger Abgeordneten Eduard Stephani.*) Wie der Titel besagt, ist das Buch mehr als eine Biographie. Und wenn der Verfasser, ein einstiger Parteigenosse Stephanis, natürlich den Nachdruck auf die Entwicklungsgeschichte seiner Partei legt, so sehen wir in dem Umstande, daß eine solche Parteigeschichte gerade mit jener Persönlichkeit in Verbindung gebracht werden konnte, einen Beitrag zur Charakteristik unsers parlamentarischen Wesens im allgemeinen. Viele, die den politischen Ereignissen mit Aufmerksamkeit folgen, werden kaum wissen, wer Stephani gewesen ist. In den Kammerberichten wurde sein Name selten genannt, und doch war er eine wichtigere Persönlichkeit, als so viele, welche sich täglich in den Vordergrund zu drängen verstehen. Nur zu oft gleichen die glänzenden Redner den glänzenden Attachés, welche repräsentiren, während anspruchslose Arbeiter die Staatschriften verfassen. Stephani, geboren am 29. Oktober 1817 in Beucha bei Leipzig, gehörte auch zu den anspruchslosen Arbeitern. Von 1847 an hat er ein Tagebuch geführt, welches von Boettcher benutzt werden konnte; 1848 war er Stadtverordneter, später stieg er zu höhern Würden in der Verwaltung Leipzigs auf; seit 1867 gehörte er der Reichsvertretung an, hochangesehen in seiner

*) Eduard Stephani. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, insbesondre zur Geschichte der nationalliberalen Partei. Von Dr. F. Boettcher. Leipzig, Brockhaus.

Partei; und so boten seine Aufzeichnungen von Erlebnissen, Urteilen, Eindrücken, Sorgen und Hoffnungen in der That Marksteine für eine Geschichte der nationalliberalen Partei und im besondern der gemäßigt liberalen Partei Sachsens.

Diese letztere hatte von altersher ihr Hauptquartier in Leipzig. Dort erschienen Zeitungen und Zeitschriften aller Arten, Formen und Farben, als Dresdens ganze „Publizistik“ aus dem Anzeiger und der belletristischen Abendzeitung bestand. Robert Blum „beherrschte die Massen und hätte jeden Augenblick mit ihnen einen Aufstand ins Werk richten können,“ hatte aber, mit richtigem Blick für das Mögliche begabt, „seinen ganzen Einfluß eingesetzt, die Massen auf dem gesetzlichen Boden festzuhalten. Dennoch wäre ihm dies schwerlich gelungen, wenn er nicht in dem thatkräftigen Eintreten des liberalen Bürgertums für die konstitutionellen Forderungen eine Art Rückendeckung gefunden hätte.“ In der That verliefen sowohl die Märztage 1848 wie die Maitage 1849, dank der besonnenen Haltung der städtischen Behörden, in welchen jene Partei die Oberhand hatte, friedlich. Aber Reaktionäre, Partikularisten und Demokraten waren damit gleich unzufrieden. Und es verdient als Kuriosum erwähnt zu werden, daß der Minister von Friesen noch in seinen „Erinnerungen“ die kühne Ansicht aussprach, energische Unterdrückung jener Leipziger Bewegung von 1848 hätte die späteren revolutionären Ereignisse in Sachsen und, vermöge des Beispiels, auch in andern deutschen Staaten verhindern können. Interessant sind aus dieser Zeit die Auszüge aus einem Schreiben Stephanis an den Minister v. d. Pforden, welchem er persönlich nahe gestanden hatte, und welchen er dringend und herzlich bittet, die Gerüchte zu widerlegen, denen zufolge der Minister ganz partikularistisch geworden sein sollte. „O werden Sie nicht sächsisch, bleiben Sie deutsch, wie Sie es waren!“ schließt er. Nur zu bald mußte er erfahren, daß sein Freund allerdings nicht sächsisch geworden war, aber „ganz königlich bairisch.“

An dem Entschlusse der Leipziger Behörden, die Anerkennung der Provisorischen Regierung in Dresden zu verweigern, aber die Stadt unter den Schutz der — freilich selbst schon schutzbedürftigen — deutschen Zentralgewalt zu stellen, hatte Stephani hervorragenden Anteil. Er war am 6. Mai nach Dresden gesandt worden, und sein den Akten entnommener Bericht über seine dortigen Wahrnehmungen ist von geschichtlichem Werte. Dasselbe läßt sich von den Bemerkungen sagen, die Stephani nach einem Besuche des Unionsparlaments in Erfurt niederschrieb. Er ist erbittert über den Rücktritt Sachsens vom Bündnisse, erbittert gegen die Stahl=Gerlach'sche Partei, und diese Stimmung beeinflußt natürlich auch sein Urteil über die einzelnen Personen.

Als Beust sich einer Revision der Gesetze und Einrichtungen von 1848 durch deren einfache Beseitigung überhob, war auch Leipzig vom „Tammel der Reaktion“ ergriffen. „Ich gelte jetzt wohl allgemein als ein schrecklich demo-

kratischer Lump," schrieb Stephani in sein Tagebuch; und 1859 entgingen ihm nicht die österreichischen Sympathien der Leipziger Altkonservativen. Im Januar 1860 aber trat er dem Nationalverein bei, wofür er durch Nichtbestätigung in dem Amte eines unbesoldeten Stadtrates bestraft wurde. Er blieb jedoch Kleindeutscher auch in den folgenden Jahren, wo er, wie die Allermeisten, weit entfernt war, die Durchführung seines Programms von Bismarck zu erwarten. Das Jahr 1866 traf ihn als Vizebürgermeister, große Lasten von Arbeit und Verantwortlichkeit mußte er auf sich nehmen, und durch die Verzögerung des Friedensschlusses bis in den Oktober wurde die öffentliche Stellung für einen Mann von seiner Gesinnung doppelt schwierig. Und als endlich Friede war, wurde der ganze Stadtrat von den Partikularisten ungefähr wie Vaterlandsverräter behandelt. Im Dezember desselben Jahres wagte Stephani bei einem Festessen einen Trinkspruch auf den Norddeutschen Bund auszubringen, aber ihm antwortete Zischen neben Bravorufen. Bald darauf stellten ihn die Nationalgesinnten als Kandidaten für den konstituierenden Reichstag auf, er erhielt auch am 12. Februar 1867 die meisten Stimmen, aber nicht die absolute Majorität, und bei der Stichwahl fielen die Stimmen der „ins Sozialistische schillernden Demokraten“ und der Großdeutsch-Radikalen (deren Mann Heinrich Wuttke gewesen war) dem Partikularisten Wächter zu. Dafür siegte Stephani bei der Wahl für den ersten ordentlichen Reichstag — wider seinen Willen; denn ihn hatten Angriffe und Verdächtigungen während der ersten Wahlagitationen („ekelhafes Herumwerfen in den Blättern und häßliche Beschuldigungen“) bitter gekränkt, und nur mit Mühe war er zur Annahme des Mandats zu bewegen.

Der Mann der ersten praktischen Thätigkeit fühlte sich durch das parlamentarische Wesen zunächst wenig angemutet. „Schrecklich viel unnütze Reden.“ Aber die großen Aufgaben der Versammlung nahmen ihn bald in Anspruch; er war Berichterstatter der Gewerbekommission für das „Notgesetz," durch welches 1868 die größten Schranken der Gewerbefreiheit beseitigt wurden. Der Verfasser hat natürlich Recht, wenn er sagt, daß neben der Freizügigkeit die gewerbliche Gebundenheit nicht fortbestehen konnte, allein über die mit der unbedingten Freizügigkeit gemachten Erfahrungen geht er unserz Bedünkens zu leicht hinweg. Doch wer hätte damals sich gegen dieses „Grundrecht“ wehren können! Hervorragender Anteil wird Stephani auch an dem Zustandekommen der Gesetze über den Unterstützungswohnsitz und über das Urheberrecht an Schriftwerken zugeschrieben, als Vertreter der ersten Buchhändlerstadt war er in dem zweiten Falle besonders berufen, den Anhängern einer „bis zur Freibeuterei getriebenen Freiheit“ den Standpunkt klar zu machen. Daneben liefen schon häusliche Zwiste hin zwischen den aus der preussischen Fortschrittspartei hervorgegangenen und denjenigen Fraktionsmitgliedern, welche aus andern Staaten oder den neuen Provinzen gekommen waren und nicht wie jene den alten Sauerteig aus der Konfliktzeit mitgebracht hatten. „Zweiten-Hennigische

Tyrannie, Skandalucht und persönliche Feindschaft gegen Bismarck; sehr unerquickliche Debatte und beginnende Spuren einer Spaltung," merkt er unter dem 15. April 1869 an.

Derartige Notizen finden sich noch vielfältig. Sie zeigen die ganze Schwierigkeit einer im wesentlichen vermittelnden Thätigkeit, wie Stephanis sie sich zur Aufgabe gemacht hatte, inmitten prinzipieller Gegensätze, die durch Leidenschaftlichkeit, Reizbarkeit, Hartnäckigkeit, persönliche Antipathien u. s. w. verschärft wurden. Und unmittelbar zu Papier gebracht, nicht für andern Zweck als zur eignen Erinnerung, am wenigsten für die Öffentlichkeit bestimmt, werfen solche Äußerungen oft ein sehr bezeichnendes Licht auf parlamentarische Vorgänge und deren weitere Folgen. Auch schon während des Zollparlaments äußert sich „der lange verhaltene Groll der meisten gegen Lasfers und Hennigs Anmaßung," und ähnliche Bemerkungen über Lasker, seine Rechthaberei u. s. w. ziehen sich wie ein roter Faden durch Stephanis Tagebuch, und man muß dabei sich wundern, daß die Partei überhaupt zehn Jahre lang mit solchen Elementen bestehen konnte.

Es würde zu weit führen, wollten wir die Haltung Stephanis durch die folgenden an Aufregungen und Kämpfen so reichen Jahre verfolgen. Von Bedeutung aber ist die Darstellung des endlich 1880 eingetretenen offenen Bruches in der Partei, welche sich rühmen durfte, an dem Ausbau des deutschen Reiches in erster Linie mitgearbeitet zu haben. „Seit zwei Jahren gab es . . . in ihren Reihen eine Richtung, der die Politik der Kompromisse überlebt und die Verfolgung einer rücksichtslosen Parteipolitik als das einzig Richtige erschien.“ Das Signal zur Sprengung gab am 28. Februar 1880 Jordanbeck in einer Fraktions-sitzung wegen des Militärgesetzes mit einem vom Zaun gebrochenen persönlichen Angriff auf Bennigsen. Im Plenum trat am 1. März Bennigsen für das Septennat, Stauffenberg für den parlamentarischen Rechtsanspruch und für die Bewilligung der Präsenziffer nur auf drei Jahre ein. Am 6. März erklärte sich Marquardsen im Namen der großen Mehrheit der Fraktion für die Verlängerung des Sozialistengesetzes, Lasker dagegen. „Offenbar war er von vornherein zum Austritt entschlossen, wurde aber von der ausdrücklichen Erklärung derselben durch Jordanbeck und andre abgehalten, die einen günstigen Zeitpunkt suchten, um mit ihm gemeinsam die Spaltung der Partei zu bewerkstelligen. Als solcher Zeitpunkt war die Fraktionsverhandlung über das Militärgesetz auserselben. Der Versuch schlug aber gänzlich fehl. Unter dem peinlichen Eindrucke der Auseinandersetzung vom 29. Februar war der linke Flügel unfindbar geworden. So ging denn Lasker, nachdem er noch bis zum 16. März gewartet [hatte], allein.“ In einem Briefe an seine Wähler beschuldigte er die nationalliberale Partei der Preisgebung ihrer Grundsätze, und Rickert war es, der am 9. April solchen Anschuldigungen entgegentrat, die dann am 15. Bamberg bekämpfte. Und nach dem Schlusse der Session traten zwanzig aus der

Fraktion aus und bildeten die berühmte „liberale Vereinigung,“ über deren Bestimmung, vom Fortschritt verschlungen zu werden, niemand auch nur einen Tag lang in Zweifel sein konnte. Zu diesen zwanzig gehörte mit Lasfer, Bamberger, Stauffenberg, Jorckenbeck auch Rickert. Die Frage des Septennats hat die Partei gestürzt, dieselbe Frage hat sie wieder emporgebracht!

Das Vorstehende wird genügen, um die Behauptung zu rechtfertigen, daß die Biographie Stephanis gerade in diesem Augenblicke ein sehr nützliches Lesebuch nicht allein für Abgeordnete, sondern für Politiker im allgemeinen ist, welche fähig und willens sind, aus der Vergangenheit Nutzen für die Gegenwart zu ziehen.



Leos des Dreizehnten Anfänge.



eo XIII. ist ein Mann, welcher von einem großen Teile der katholischen Welt mit dem tiefsten Mißtrauen betrachtet wird. Die Ultramontanen halten ihn für liberal gesinnt, klagten ihn des Mangels an Frömmigkeit, der Feindschaft gegen die Jesuiten und der Hinneigung zu politischen Zugeständnissen an, deren sich Pius IX., wenigstens nach seiner Bekehrung, niemals schuldig gemacht hat. Vor Leos Wahl zum Papste gingen diese Beschuldigungen so weit, daß die ihm feindlichen Kardinäle, besonders Dreglia, Randi und Sacconi, sogar behaupteten, sein Lebenswandel als Erzbischof von Perugia sei unsittlich gewesen — eine schändliche Lüge, da der Cardinal Pecci stets ein Mann von musterhafter Sittreinheit gewesen ist.

Während diese Stimmung auf der einen Seite die bekannten Vorgänge in Deutschland erklärt, welche in einem offenen Ungehorsam. des Zentrums, der eigentlich päpstlichen Partei, gegen den römischen Stuhl gipfeln, ist die Feindschaft in Frankreich zeitweise so arg geworden, daß, einem nicht unverbürgten Gerüchte zufolge, die Beschimpfungen, welche die ultramontane Presse gegen den Papst austieß und welche der Regierung unbequem wurden, durch gelegentliche pekuniäre Bekehrung und Bekehrung der Hauptschreier gemildert oder aufgehoben wurden.

Unter diesen Verhältnissen sind verbürgte Nachrichten über das Konklave, aus welchem der Cardinal Pecci als Papst hervorging, umso wichtiger, weil aus ihnen erhellt, daß Leo XIII. nur durch eine Verkettung teils unglücklicher, teils geschickt angeordneter Umstände dazu gekommen ist, nicht seinen Frieden mit der Regierung des Königs von Stalien zu machen — ein Fall, dessen Ein-